

# AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



## TÄTERORTE IN OST-BERLIN

Ein ergänzender Beitrag zur Ausstellung „Ausgeblendet.  
Der Umgang mit NS-Täterorten in West-Berlin“

# IMPRESSUM

---

## Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin  
Tel. +49(0)30-263 9890 39  
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de  
www.aktives-museum.de

## Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender  
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender  
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende  
Marion Goers  
Dr. Matthias Haß  
Astrid Homann  
Dr. Gerd Kühling  
Angelika Meyer  
Monica Pugnier

## Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

## Redaktion

Kaspar Nürnberg

## Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien  
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

## Druck

Druckerei Gottschalk

## Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:  
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:  
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

## Spendenkonto

Berliner Sparkasse  
BLZ 10050000  
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXXX

## Bildrechtenachweis

- Titel Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (01), Nr. 61-2177
- S. 2 Christine Kühnl-Sager, Berlin
  - S. 3 Christine Kühnl-Sager, Berlin
  - S. 4 Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin
  - S. 5 Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin
  - S. 8 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (01), Nr. 61-2177
  - S. 9 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (01), Nr. 0353146,  
Fotograf: Thomas Platow
  - S. 12 Eva Fischer, Frankfurt/M.
  - S. 13 Eva Fischer, Frankfurt/M.
  - S. 15 aus Familienbesitz / Archiv Corry Guttstadt, Hamburg
  - S. 17 aus Familienbesitz / Archiv Corry Guttstadt, Hamburg
  - S. 18 aus Familienbesitz / Archiv Corry Guttstadt, Hamburg
  - S. 21 Historische Kommission zu Berlin, Fotografin: Ellen Franke
  - S. 23 Stella Flatten, Berlin
  - S. 24 Andrea Fröhner, Berlin

## INHALT

---

- 2 **Editorial**  
Christoph Kreuzmüller
- 4 **Verabschiedung unserer langjährigen Vereinsvorsitzenden Christine Fischer-Defoy**
- 6 **Täterorte in Ost-Berlin.**  
**Rede auf der Eröffnung der Wanderausstellung „Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in West-Berlin“ im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors am 9. November 2017**  
Annette Leo
- 11 **War Ernst Nonnenmacher „zu Recht“ im KZ?**  
**Familienbiografische Fragmente zu einer immer noch marginalisierten Opfergruppe**  
Frank Nonnenmacher
- 14 **Davisco Jochanan Asriel.**  
**„Türkischer Großhändler“ und Vorsitzender des Israelitisch-Sephardischen Vereins zu Berlin**  
Corry Guttstadt
- 20 **„Das Herz braucht Liebe.“**  
**Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ für Carola Neher am 7. Dezember 2017 am Fürstenplatz 2**  
Erdmut Wizisla
- 23 **TAM TAM. Jüdische Amüsierbetriebe am Moritzplatz**  
**Eine Kabinettausstellung**  
Christoph Kreuzmüller
- 24 **Vorstellung des neuen Vereinsvorsitzenden**  
Christoph Kreuzmüller

**Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,**

Leben wir, – die Anspielung sei erlaubt –, in „Babylon Berlin“ dem Ende der Republik entgegen? Oder erleben wir nur eine natürliche Transformationsphase, die unsere Demokratie wachsen lässt? Scheint die Gegenwart unklar, werden Geschichte (und Geschichten) häufig als Maßstab und Richtschnur herbeizitiert. Deshalb ist alles das, was wir als Gesellschaft erinnern (oder verdrängen), heute wieder besonders heftig umstritten. Anfang November wurden so einerseits in Neukölln Stolpersteine geschändet und ausgegraben, jedoch dank zahlreicher Spenden fast postwendend noch fester einbetoniert. Mit dem Nachbau einiger Stelen des Denkmals für die ermordeten Juden in Sichtweite eines in unseren Augen rechtsextremen Geschichtsklitterers zeigte das Zentrum für politische Schönheit andererseits, dass Denkmale Zeichen setzen und Diskurse entfachen können.

In diesem Rundbrief dokumentieren wir Annette Leos Gedanken über den Umgang mit Orten der Täter in Ost-Berlin, die sie bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Ausgeblendet. Der Umgang mit Täterorten in West-Berlin“ am 9. November 2017 in der Topographie des Terrors vorgetragen hat – und bereiten damit möglicherweise ein weiteres ergänzendes Ausstellungsprojekt vor.

In einem anderen Beitrag weist Frank Nonnenmacher, den die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin Ende Oktober zu einem Vortrag eingeladen hatte, am Beispiel seines Onkels auf die immer noch marginalisierte Opfergruppe der im Jargon der Nazis so genannten Asozialen und Berufsverbrecher hin.

Unser Mitglied Corry Guttstadt zeichnet sodann das bewegende Schicksal des „Türkischen Großhändlers“ Davisco Jochanan Asriel und seiner Familie in Berlin nach.



*Die mittlerweile vierte Einweihung der vorher mehrmals zerstörten Gedenktafel für Wolfgang Szepansky am 7. Oktober 2017 in der Methfesselstraße 42 in Kreuzberg*



Bezirksstadträtin Clara Herrmann (links) und Tochter Regina Szepansky bei der Enthüllung

Unter dem Titel „Das Herz braucht Liebe“ dokumentieren wir sodann Erdmut Wizislas Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ für Carola Neher.

Schließlich gibt es noch einen kleinen Beitrag über eine Kabinettausstellung über jüdische Amüsierbetriebe am Moritzplatz, die im letzten Sommer auch dazu dienen sollte, neue Präsentationsformen auszuprobieren.

Dieser Rundbrief beginnt jedoch mit einer Collage des Abschiedempfangs für Christine Fischer-Defoy, die unseren Verein wie keine zweite durch ihr Engagement geprägt hat. Die Fotoimpressionen sollen daran nochmals erinnern.

Schon jetzt möchten wir darauf hinweisen, dass wir am 21. März den ersten „Salon“ des Aktiven Museums planen. In diesen Salons möchten wir eine Plattform

zum Austausch mit all jenen schaffen, die ebenfalls an einem kritischen Geschichtsdiskurs (und unserer Arbeit) interessiert sind. Die Salons werden jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben und mindestens zweimal im Jahr stattfinden. Es liegt auf der Hand, dass es im ersten Salon um subversive und kritische Geschichtsarbeit in Berlin gestern und heute und um die Geschichte des Aktiven Museums gehen wird.

Ende Mai wird eine kleine Ausstellung zu Bibliotheken im Nationalsozialismus eröffnen, an der das Aktive Museum beteiligt ist – und dann freuen wir uns auf die große Eröffnung der Ausstellung über die „Polenaktion“ im Sommer im Centrum Judaicum, die wir zusammen mit der Abteilung Geschichte am Ost-Europa-Institut der Freien Universität Berlin erarbeiten. Im Vorstand überlegen wir außerdem zu Zeit, uns mit einem Beitrag über die Diffamierung der Revolution im Nationalsozialismus an dem inzwischen fest von der Kulturprojekte GmbH geplanten „Themenwinter 1918/19“ zu beteiligen. Darüber hinaus würden wir uns gern der vernachlässigten Erinnerung an den NS-Krankenmord in Meseritz-Obrawalde widmen. Alle, die an einem dieser Themen Interesse haben oder andere vorschlagen möchten, sind wie immer ganz herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Und schon ‘mal zum Vormerken: an einem Sonnabend im September möchten wir einen Ausflug nach Erfurt zum „Erinnerungsort Topf & Söhne“ machen und dann am nächsten Tag die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald gemeinsam ansehen. Wer jetzt schon weiß, dass sie oder er da gerne mitkäme: bitte kurz Bescheid sagen, dann können wir das besser planen.

Ich danke allen, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr unterstützt und mitgetragen haben und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im neuen Jahr!

Christoph Kreutzmüller  
Vorsitzender

## VERABSCHIEDUNG UNSERER LANGJÄHRIGEN VEREINSVORSITZENDEN CHRISTINE FISCHER-DEFOY



Diese Doppelseite ist als Collage des trubeligen und lockeren und wirklich sehr schönen Abschiedsempfangs für Christine Fischer-Defoy angelegt, die unseren Verein wie keine zweite durch ihr Engagement geprägt hat, was an jenem Abend des 29. November 2017 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors von vielen auch in sehr persönlicher Weise gewürdigt worden ist.

Nach der Begrüßung durch Andreas Nachama, dem Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, und einem Wortbeitrag von Dr. Christine Regus, der Leiterin des Referats für Archive, Bibliotheken, Ge-

denkstätten, Museen und Bildende Kunst in der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa, hatten Eleonore Kujawa, Matthias Hass, Hans Tödtmann, Johannes Tuchel, Hans Coppi, Marion Goers, Stefanie Endlich, Christoph Kreutzmüller, Hermann Simon, Christine Kühnl-Sager, Rainer Klemke, Heike Stange und Sophia Schmitz stellvertretend für viele andere Christines Wirken anhand charakteristischer Fotos Revue passieren lassen.



Vorher hatte Gerd Kühling in den Minuten vor der Schließung nochmals durch die von uns gemeinsam mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz erarbeitete Ausstellung „Ausgeblendet. Der Umgang mit Täter-Orten in West-Berlin“ geführt, weshalb die ganze Veranstaltung ja in der Einladung als „doppelte Finissage“ apostrophiert worden war.

## TÄTERORTE IN OST-BERLIN

Rede auf der Eröffnung der Wanderausstellung „Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in West-Berlin“ im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors am 9. November 2017

Die Ausstellung „Ausgeblendet“ beschränkt sich bewusst auf die Geschichte der Erinnerung an Täterorte in West-Berlin. Ich bin nun aufgefordert worden, diese „Einseitigkeit“ ein wenig in die Balance zu bringen mit einigen Sätzen über die Parallel-Geschichte im Osten der Stadt.

Das ist hier kein Ergebnis einer gründlichen Recherche – in diesem Fall würde gewiss noch einiges mehr zutage gefördert werden – sondern ich stütze mich auf meine Erfahrungen, auf frühere eigene Arbeiten, Gedanken, Assoziationen und die Ergebnisse der geduldigen und akribischen Arbeit des Aktiven Museums, speziell von Martin Schönfeld, der bereits 1991 das Buch „Gedenktafeln in Ost-Berlin“ veröffentlicht hat.

Zentrale Planungsorte für die Verbrechen, Orte, an denen die Schreibtischtäter saßen, gab es anscheinend im Ostteil der Stadt weniger als im Westen. Wobei sich auch dort ehemalige nationalsozialistische Machtzentralen befanden. Aber es handelte sich nicht um die unmittelbaren Mord-Planungs-Orte.

Ich denke dabei an das Reichsluftfahrtministerium, heute Bundesfinanzministerium und während der DDR-Zeit Haus der Ministerien, in dem verschiedene Fachministerien der Wirtschaft untergebracht waren. Es gab dort keine Erinnerung an die Funktion des Hauses vor 1945, aber dafür eine sozialistische „Umwidmung“ des Gebäudes. An die Stelle eines Wandfrieses an der Eingangsfassade, das marschierende Wehrmachtsoldaten zeigte, rückte das Keramikbild des aus dem französischen Exil zurückgekehrten Max Lingner, der einen fröhlichen Demonstrationzug von Arbeitern, Familien, Jugendlichen – kurzum den sozialistischen

Aufbruch – zeigte. Das Wandbild wurde 1953 eingeweiht. Am 17. Juni des gleichen Jahres endete eine ganz andere große Protestdemonstration der Berliner Arbeiter vor diesem Haus. An dieses Ereignis erinnert heute ein in den Boden eingelassenes Denkmal. Anfang der 1970er-Jahre wurde im Treppenflur des Hauses eine kleine Gedenkstätte eingerichtet, eine Würdigung für Harro Schulze-Boysen, Mitglied der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“, der als Offizier der Luftwaffe in diesem Haus sein Büro hatte und 1943 hingerichtet worden war.

Ich denke auch an den riesigen Gebäudekomplex des Goebbels'schen Propagandaministeriums am damaligen Wilhelmplatz, der zwischenzeitlich Thälmannplatz hieß und heute Teil der Wilhelmstraße ist. Zur DDR-Zeit saßen darin unter anderem der Nationalrat der Nationalen Front und die Liga für Völkerfreundschaft – doch keine Tafel machte auf die Vergangenheit des Hauses aufmerksam.

Beide deutsche Gesellschaften wollten in den ersten Jahren nach Kriegsende mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nichts zu tun haben, sie wollten ein neues Kapitel der Geschichte aufschlagen, die Erinnerung an das Alte löschen oder überschreiben. Für die DDR gilt allerdings der entscheidende Unterschied, dass sich der Staat in seinem Neubeginn auf die Wurzeln des kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus berief und deshalb sehr frühzeitig die Erinnerung an die Orte wachhielt, an denen Widerstandskämpfer gelebt hatten, aber auch an Orte, an denen sie verfolgt oder misshandelt und ermordet worden waren. Häufig geschah dies auf Initiative der Betroffenen selbst, der Verfolgten und ihrer Angehörigen. Deshalb gab es in Ost-Berlin schon früh Hinweise auf Täter-Orte, die gleichzeitig Orte waren, an denen der Opfer gedacht wurden.

Ein interessantes Beispiel dafür ist die Erinnerung an die „Köpenicker Blutwoche“. Im Juni 1933 wurden sehr viele bekannte sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre im Bezirk Köpenick (damals eine SPD-Hochburg) von SA-Leuten verhaftet und in SA-Lokale, so in ein ehemaliges „Reichsbanner“-Wassersportheim und

auch in das Amtsgerichtsgefängnis verschleppt und in diesen „wilden KZs“ brutal gefoltert. Die Leichen der Ermordeten warfen die Täter in die Dahme. 1950 fand in Ost-Berlin ein Prozess gegen eine große Anzahl der SA-Folterer statt, die zum Tode beziehungsweise zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

Ich bin im Köpenicker Ortsteil Friedrichshagen aufgewachsen. Die Erinnerung an diese Ereignisse war mir schon als Schulkind sehr präsent. Straßen in Friedrichshagen und Köpenick waren nach den Ermordeten benannt worden. Überlebende dieser Gewaltexzesse oder deren Angehörige sprachen vor unserer Schulklasse. Jedes Jahr im September, anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Faschismus, versammelten sich die Schüler aller Köpenicker Schulen am Mandrellaplatz, dem Ort des Gerichtsgefängnisses, und gingen zusammen zur Grünanlage „Bellevue“ am Ufer der Dahme, wo vor der hässlichen Skulptur einer stilisierten Faust die Gedenkundgebung stattfand. Dass es ungewöhnlich war, dass auch an Sozialdemokraten erinnert wurde, war mir damals nicht bewusst. Später erfuhr ich, dass unter den Gefolterten und Ermordeten auch viele Juden waren. Damals wurde das nicht erwähnt. Es war also ein im Wesentlichen auf den kommunistischen Widerstand verengtes Gedächtnis, in dem viele Lücken klafften.

Als ich mich in den 1980er Jahren für diese Defizite zu interessieren begann, wurde Ost-Berlin für mich so etwas wie eine offene Landschaft, in der die Spuren der Vergangenheit alle noch da waren, die man nur entdecken musste. Es hatte sich ja nur wenig seit dem Kriegsende verändert, kaum etwas war übertüncht worden. Der Schriftsteller Heinz Knobloch schrieb damals über diese Orte. Ich war gemeinsam mit Regina Scheer auf der Suche. Sie recherchierte zwischen Oranienburger und Auguststraße für ihr Buch „Ahawa – das vergessene Haus“ und ich konnte durch einen Leserbrief, den ich als Redakteurin der Neuen Berliner Illustrierten erhielt, dazu überraschende Beiträge leisten. So schrieb mir Inge Held als Reaktion auf einen Artikel im November 1983 über die Synagogenruine in der Oranienburger Straße einen Brief und lud mich in ihre Wohnung ein. Bei dem anschließenden Besuch bei ihr erfuhren Regina

und ich zum ersten Mal etwas über die Bürstenwerkstatt von Otto Weidt in der Rosenthaler Straße. Frau Held, die damals als Sekretärin bei Weidt gearbeitet hatte, erzählte uns auch von ihren mehrfachen Besuchen in der Berliner Stapoleitstelle Burgstraße, von dem Gestapo-Beamten Prüfer und wie sie einen seiner Mitarbeiter, „den Dobberke“, bestochen hatte, um die bei Weidt beschäftigten Juden vor der Deportation zu bewahren. Wir gingen dann in die Rosenthaler Straße und fanden im Hof, wo sich die Bürstenwerkstatt befunden hatte, den „Schwippbogen“, von dem sie gesprochen hatte, in dem Juden versteckt worden waren.

In die Burgstraße gingen wir nicht: Die Täterorte interessierten auch uns zu dieser Zeit nicht wirklich. Die verbliebenen Häuser an der Burgstraße direkt neben dem S-Bahnhof (damals Marx-Engels-Platz, heute Hackescher Markt) waren für mich vor allem die Seminarräume und Ateliers der Sektion Kunsterziehung der Humboldt-Universität. Ihre Vorgeschichte lag im Dunkeln. Sicher ist, dass in der Nummer 26 und Nummer 28 die Gestapo Berlin saß. Das „Judenreferat“ befand sich wahrscheinlich in der 1943 von Bomben zerstörten Nummer 28. Insgesamt wurden drei Häuser dieser Zeile zerstört und nach dem Krieg abgerissen. Immerhin fand der Historiker Gerd Kühling einen Bericht der Berliner Zeitung vom Dezember 1949, in der der „Sprenghelfer Paul Schulz“ vom Abriss eines dieser Häuser – die Hausnummer nennt er nicht – berichtet und davon, dass sie im Keller Gefängniszellen fanden, in deren Wände die Häftlinge aus vielen Ländern Europas ihre Namen und ihre Botschaften eingeritzt hatten. Dem Geist der Zeit von 1949 gemäß war dieser Artikel vor allem eine Huldigung von Josef Stalin, dessen Name in einigen dieser Inschriften genannt wurde. Vom „Judenreferat“, von inhaftierten Juden war darin keine Rede.

Ich hatte damals – 1983 – auch erfahren, dass die Gestapo-Mitarbeiter der Burgstraße nach dem Bombardement mit ihrer Dienststelle in den Gebäudekomplex der Jüdischen Gemeinde um die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße umzogen. Demnach war auch die Neue Synagoge „Täterort“. Die Tafel an der Fassade zu DDR-Zeiten bezog sich auf die Pogromnacht vom



Blick auf die Burgstraße 28 (mit dem Türmchen, ab etwa 1940 Sitz des „Judenreferats“ der Stapoleitstelle Berlin) und die Nachbarhäuser, im Hintergrund der S-Bahnhof Börse (heute S-Bahnhof Hackescher Markt), Januar 1935

9. zum 10. November 1938 und verkündete, dass diese Ruine „für alle Zeiten“ als „eine Stätte der Mahnung“ so stehen bleiben sollte. „Alle Zeiten“ waren dann aber 1988 vorbei, dem Jahr, in dem der Wiederaufbau des vorderen Teils des Gebäudes beschlossen wurde.

Von Hermann Simon, dem Gründungsdirektor des Centrum Judaicum, erfuhr ich, seit Juni 1943 habe sich in der Oranienburger Straße 31 die Stapoleitstelle Berlin aus der Burgstraße installiert. Auch die ehemaligen Büroräume der Gemeinde (in der Nummer 29) seien von der Gestapo besetzt worden. In die Nummer 28 sei nach dem 9. November 1938 das „Reichssippenamt“ mit seiner auf die Juden bezogenen Abteilung eingezogen. Das hatte er mir schon 1983 erzählt, kurz bevor ich mit einem Fotografen der Neuen Berliner Illustrierten von hinten in die Ruine der Synagoge einstieg. Jeden-

falls suchte ich damals in dem halbzerstörten Gebäude nach Spuren dieses „Sippenarchivs“ und meinte, sie in einem metallenen, total verrosteten oder verglühten Karteischrank, der da irgendwo herumstand, gefunden zu haben.

Nach meiner Erinnerung war 1983 das erste Jahr, in dem in der DDR die Pogromnacht vom 9. November über den Rahmen der Jüdischen Gemeinde hinaus öffentlich gewürdigt wurde. Im Jahr 1976 oder 1977, als zwei Sechzehnjährige am Abend des 9. November Kerzen vor der Synagogenruine anzündeten, um an die Pogromnacht zu erinnern, war das noch sehr ungewöhnlich. Ungewöhnlich war vor allem, dass sie es aus eigener Initiative taten. Regina Scheer berichtet in ihrem Buch „Ahawa“ von dieser Episode. Die beiden – ein Junge und ein Mädchen – wurden von zwei

Streifenpolizisten mit auf's Revier genommen, weil sie „ohne staatliche Genehmigung“ gehandelt hatten. Erst nach ein paar Stunden kamen sie wieder frei, weil die Polizisten letztlich doch überzeugt werden konnten, dass die Jugendlichen nicht in staatsfeindlicher Absicht gehandelt hatten.

Im Zusammenhang mit der Burgstraße muss auch die Französische Straße Nummer 47 genannt werden. Ein weiterer Täterort, der in der DDR-Erinnerung keine Rolle spielte und auch heute nicht vielen bekannt ist. Dort zog 1943 ein Teil des „Judenreferats“ aus der Burgstraße ein. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Berliner Juden bereits in die Vernichtungslager im Osten deportiert worden. Aber die Beamten verfolgten weiter die wenigen Untergetauchten und deren Helfer. Regina Scheer hat in den 1980er Jahren noch einige Männer und Frauen interviewt, die dort inhaftiert waren oder in der Dienststelle nach ihren Angehörigen gefragt hatten. Ihr Artikel über die Französische Straße 47 erschien im Februar 1990 in der „Anderen Zeitung“. Der Anlass für diese Veröffentlichung war der Einzug der Gründerinnen und Gründer der ersten alternativen Zeitung der DDR in eben diese Räume. Sie waren der Redaktion vom Ostberliner Magistrat zugewiesen worden, nachdem eine Dienststelle der Staatssicherheit dort ausgezogen war. Ich erinnere mich noch genau an unser Erstaunen, als wir die Räume in der ersten Etage des schönen alten Hauses, – eines der wenigen in der Straße, das den Krieg überdauert hatte –, betreten: Eine riesige Wohnung mit Parkett, Flügeltüren, Erker. Die Wände der beiden repräsentativsten Räume waren mit dunkelgrünen Relief-Ledertapeten verkleidet, ein marmorner Kamin stand in einem Zimmer. Bis 1933 oder 1934 hatte dort die Anwaltskanzlei Dr. Ebers gesessen. Im Erdgeschoss residierten die Weinhandlung und das Restaurant „Borchardt“. Ein Abglanz dieses luxuriösen Restaurants habe ich noch in den 1960er Jahren erlebt, da war es die Fischgaststätte „Lukullus“, in der Kellner mit weißen Jacketts in einem silbernen Gefäß die Fischsoljanka an den Tisch brachten und in den Suppenteller gossen. In den 1980er Jahren übernahm eine Kantine für die im Stadtzentrum tätigen Bauarbeiter die Räume. Und in der Etage darüber saß die schon erwähnte Stasi.



*Die Französische Straße 47 in Mitte, von der Ecke Charlottenstraße aus gesehen, am 3. Juni 1993*

Ob die Kanzlei Ebers jüdisch war oder nicht, konnte ich nicht feststellen. Im Adressbuch von 1936 jedenfalls fehlt der Eintrag, stattdessen taucht der Name „Enit-Delegation“ auf, das staatliche italienische Reiseverkehrsamt. 1940 nutzten ein Steuerberater sowie das Institut für Wohnungs- und Siedlungswesen die Etage.

Die typische Abfolge der Nutzung solcher Täter-Orte in der DDR lässt sich in der folgenden Kette darstellen (die nicht immer vollständig sein musste): Jüdischer Besitz, Gestapo oder SS, sowjetische Militärverwaltung (NKWD) und danach Staatssicherheit oder Nationale Volksarmee. Diese Orte waren ohnehin der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Dass sie im Rahmen der DDR-Erinnerungspolitik keine Rolle spielten, liegt schon deshalb auf der Hand. In dem Selbstverständnis des antifaschistischen Staates gab es keinen Platz für die Erinnerung an solche Orte. Das hatte auch mit dem sehr verengten Täterbild der SED zu tun, in dem die Hauptschuld dem Monopolkapital, den Banken und Großgrundbesitzern zugeschrieben wurde. Ein weiterer Schweige-Aspekt war vielleicht, dass man Assoziationen über Nutzungskontinuitäten vermeiden wollte.

Ein Beispiel dafür – allerdings etwas außerhalb von Berlin – ist die Inspektion der Konzentrationslager als Teil des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS, die seit 1938 in Oranienburg/Sachsenhausen im so genannten T-Gebäude residierte, direkt neben

dem Häftlingslager und auf dem Kasernengelände der SS-Wachverbände. Nach Kriegsende übernahm die Rote Armee T-Gebäude und Kasernen, später folgte die NVA. Den Hakenkreuzspinnen im schmiedeeisernen Treppengeländer wurde jeweils ein Bein abgesägt – auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung. Der Dokumentarfilmer Achim Tschirner erzählte mir in den 1980er Jahren, als wir gemeinsam ehemalige Häftlinge des KZ Sachsenhausen befragten, er habe seinen Wehrdienst in dieser Kaserne geleistet. Anlässlich der Vereidigungszeremonien und Gedenkfeiern auf dem Appellplatz der KZ-Gedenkstätte sei jeweils das große eiserne Tor – die direkte Verbindung zwischen Kaserne und Lager – geöffnet worden. Trotzdem habe er sich erst viel später Gedanken darüber gemacht, wer eigentlich in diesen Häusern vor ihnen untergebracht war. Erst als 1991 das brandenburgische Finanzministerium in das T-Gebäude einziehen sollte, gab es Widerspruch, die Vergangenheit war plötzlich wieder präsent. Und mittlerweile gab es ja auch eine Öffentlichkeit, in der darüber gestritten werden konnte. Das Finanzministerium – so lautete der Kompromiss – durfte das Haus schließlich nutzen, wenn es gleichzeitig dort eine Ausstellung über die Inspektion der Konzentrationslager geben und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten einige Räume überlassen würden.

Ein anderes Beispiel für eine solche Nutzungs-Kette ist die ehemalige Sicherheitspolizeischule Drögen, einem kleinen Ort am Rand von Fürstenberg. Ich greife hier abermals weit über die Berliner Stadtgrenze hinaus, aber dieser „Täterort“ steht in enger Beziehung zu den Berliner Verbrechenszentralen. Neben dem Schulbetrieb, in dem Gestapo- und Kriminalpolizeianwärter für ihre Aufgaben in den besetzten Gebieten bei Völkermord und Verfolgung politischer Gegner ausgebildet wurden, diente Drögen wegen der zunehmenden Bombenangriffe auf die Hauptstadt auch als Ausweichquartier für einige Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes. Nach dem 20. Juli 1944 zog dort die „Sonderkommission Lange“ der Gestapo ein. Die inhaftierten Widerständler wurden in Drögen verhört, sie waren vermutlich im Zellenbau von Ravensbrück inhaftiert. Bereits 1943 hatten das „Kriminalbiologische Institut der Sicher-

heitspolizei“ und die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ ihre zentralen Außenstellen in Drögen eingerichtet. Beide Institutionen, die dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt waren, arbeiteten bei der Verfolgung und Deportation der Sinti und Roma eng zusammen. Leiter des „Kriminalbiologischen Instituts“ war Robert Ritter, der von Drögen aus zusammen mit seinen Assistentinnen auch Untersuchungen an den weiblichen Häftlingen des Jugend-KZ Uckermark betrieb. Bereits im April 1945 zog in die Drögener Kasernengebäude eine Einheit der 20. Gardepanzerarmee der Sowjetischen Armee ein und blieb dort bis zu ihrem Abzug. Dabei war die Kontinuität der Nutzung erstaunlich: Die Mannschaften hausten in den ehemaligen Unterkünften der Polizeischüler, die Offiziere wohnten in den bürgerlichen Villen am Röblinsee und pendelten zur Kaserne Drögen, wie zuvor das höhere SD- und SS-Personal. Stefanie Endlich, Florian von Buttlar und ich präsentierten 1993 eine Ausstellung über die beiden historischen Schichten dieses nun verlassenen Ortes, dessen verfallene Gebäude bald darauf abgerissen wurden.

Meine Beschäftigung mit dem Kriminalbiologischen Institut der Sicherheitspolizei brachte mich auf einen weiteren weitgehend vergessenen „Täterort“ in Ost-Berlin. Der Werdersche Markt 5-6 war der Sitz des Instituts vor seiner Auslagerung nach Drögen. Das Haus an der Ecke zur Französischen Straße beherbergte seit 1849 das vornehme Modehaus „Gerson“, das erste Berliner Kaufhaus überhaupt. Nach der Enteignung der jüdischen Besitzer zog 1939 das Reichskriminalpolizeiamt dort ein, 1941 folgte das „Kriminalbiologische Institut“. Das Haus wurde im Krieg zerstört, das Grundstück blieb bis zum Ende der DDR eine Brache. Nach 1990 wurden auf dem freien Grundstück, das heute zwischen Auswärtigem Amt und Telekom-Zentrale liegt, ein 4-Sterne-Hotel, Apartments und Büros errichtet. Sehr moderne, sehr kühle Architektur aus Glas und Stahl. Eine Erinnerungstafel an diesem Ort würde guttun.

*Annette Leo*

*Dr. Annette Leo ist Historikerin und seit 1991 Mitglied des Aktiven Museums.*

## WAR ERNST NONNENMACHER „ZU RECHT“ IM KZ?

Familienbiografische Fragmente zu einer immer noch marginalisierten Opfergruppe

Meine Großmutter Margarete Nonnenmacher war als ledige Mutter von zwei Söhnen, die verschiedene Väter hatten, eine sozial ausgegrenzte, ja gesellschaftlich verachtete Frau. Sie konnte sich und ihre Kinder nur notdürftig „über Wasser halten“, indem sie als Weißbüglerin bei reichen Leuten stundenweise und jederzeit kündbar arbeitete. Der 1908 geborene Ernst wusste schon als kleiner Junge, dass er zum Überleben beitragen musste. Ohne jedes Unrechtsbewusstsein, einfach weil es notwendig war, stahl er aus Obstgärten, entwendete Essbares in der Stuttgarter Markthalle und „organisierte“ alles, was man gebrauchen oder tauschen konnte: Holz von Baustellen, von Lastwagen „herabgefallene“ Kohle oder ein Hemd von der Wäscheleine. In der materiellen Not, die am Ende des Ersten Weltkrieges und danach für Margarete katastrophale Ausmaße annahm, missbilligte sie es, war aber zugleich darauf angewiesen, dass ihr Sohn auf seine Weise handelte. Den 1914 geborenen zweiten Sohn Gustav nahm ihr die Fürsorge schon nach einem Jahr weg; er wuchs in einem Waisenhaus auf. Erst als Erwachsener erfuhr er, dass er eine Mutter und einen Bruder hatte.

Ernst verließ derweil gegen den Willen der Mutter die Schule vorzeitig, „stromerte“ herum, wurde mehrfach bei kleineren Diebstählen erwischt, kam in eine Fürsorgeheim, wo er unter anderem Korbflechten lernte. Aber er konnte sich der Heimdisziplin nicht fügen und brach aus. Die Mutter wollte und konnte ihn nicht wieder aufnehmen, zumal er damit rechnen musste, polizeilich gesucht zu werden. So arbeitete Ernst mal hier und mal da ein paar Tage oder auch ein paar Wochen und wäre beinahe als Knecht sesshaft geworden, wenn ihn der eifersüchtige Großknecht nicht in eine Schlägerei verwickelt hätte, so dass er wieder auf der Straße landete. Ende der 1920er und Anfang der

1930er Jahre war Ernst auf Wanderschaft. Er hatte sich an das „freie“ Leben gewöhnt. Wenn er mal Geld hatte, ging er gern ins Wirtshaus. Dort war er ein begnadeter Thekendiskutierer. Er verstand sich als Proletarier, sympathisierte mit der KPD, ohne Parteimitglied zu sein. So stritt er für die Fürstenenteignung 1923 und war zutiefst vom „System“ enttäuscht, als der grandiose Abstimmungssieg angesichts des damals geltenden Quorums von 50% vergebens war. Auch beim Berliner „Blutmai“ 1929 war er dabei, lernte dort Erich Boltze kennen, den er später im KZ Sachsenhausen wieder traf und der dort ermordet wurde. Nach der Zeit in Berlin lebte er wieder auf der Straße, arbeitete zeitweilig bei Bauern oder kleinen Handwerkern, wurde mehrfach bei Diebstählen erwischt und bekam immer wieder kurze Gefängnisstrafen.

Als die Nazis 1933 an der Macht waren, setzte er sein Wanderleben fort. Er entzog sich so der verschärft kontrollierten Meldepflicht und entging auch der Musterung, als 1935 die Wehrpflicht wieder eingeführt wurde. Mehrfach wurde er wegen (damals strafbarer) Bettelei, Einbruchs, Einbruchversuchs und vollendeter kleinerer Diebstähle zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Eine Weile lebte er in einer Notgemeinschaft mit einer Frau namens Maria zusammen, die zeitweise anschaffen ging. Wieder wurde er erwischt – er hatte in benachbarten Vorgärten Kleidung von der Leine genommen – und schließlich 1939 in einem Verfahren ohne Verteidiger wegen dreier Diebstähle, Verstoßes gegen die Sittlichkeit und Zuhälterei zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Er wurde ins Gefängnis Mannheim eingeliefert und saß die Freiheitsstrafe bis zum letzten Tage ab. Nach heutigem Recht wäre er jetzt ein freier Mann gewesen.

Ernst wurde im April 1941 aus dem Gefängnis nach Stuttgart entlassen, hatte dort schon einen Arbeitsplatz gefunden und wollte sich polizeilich anmelden. Von der Kriminalpolizei wurde er aber erneut verhaftet und drei Wochen später ohne jedes weitere Verfahren ins KZ Flossenbürg überstellt. An der linken Brustseite der gestreiften Häftlingskleidung wurde ihm zur Kennzeichnung zunächst das schwarze



Ernst Nonnenmacher, 1946

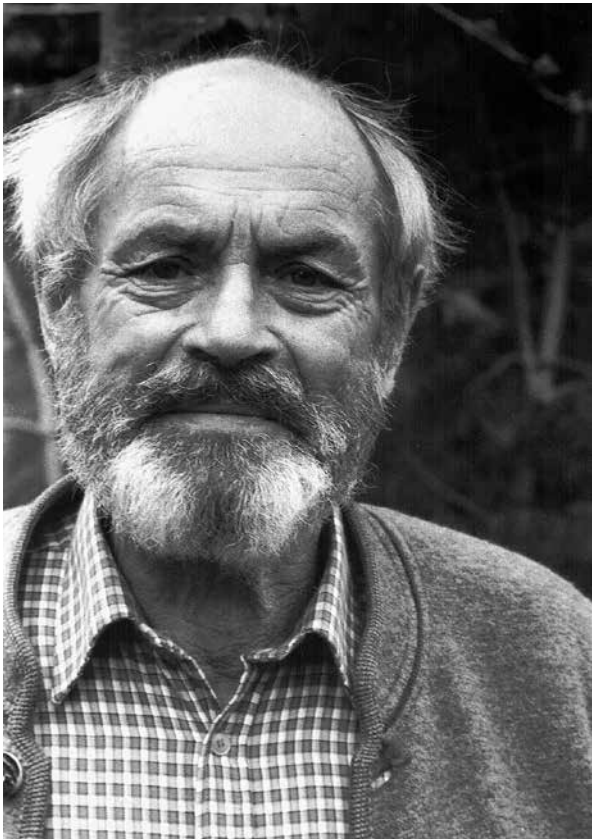
Stoffdreieck, der „Winkel“, geheftet, mit dem die Nazis die von ihnen als „Asoziale“ bezeichneten Menschen kennzeichneten. Dank der Fürsprache des ihm aus Stuttgart bekannten Lagerältesten bekam er dann einen grünen Winkel. Diesen erhielten Häftlinge, die auf Grund von verbüßten Vorstrafen als unresozialisierbare „Berufsverbrecher“ galten. Sie sollten als „Ballastexistenzen“ in den Steinbrüchen „durch Arbeit vernichtet“ werden.

Als lebensrettend erwies sich nun die Tatsache, dass Ernst Körbe flechten konnte, denn für ein Geschosskörbeflechtkommando im KZ Sachsenhausen wurden Korbflechter gesucht. Dorthin wurde er im November 1942 verbracht. Er freundete sich mit dem Vorarbeiter des Kommandos an, einem politischen Häftling namens Fritz Fiege. Er bekam mit, dass eine Gruppe von Häftlingen, die in den Heinkel-Flugzeugwerken arbeiten mussten, darunter Erich Boltze, Sabotageakte begingen.

Als die SS Spitzel einsetzte, flog die Gruppe auf und im Oktober 1944 wurden die 27 Saboteure, darunter Erich Boltze, im Krematorium des Lagers erschossen. Ernst kam bei den Genossen in Verdacht, einer der Spitzel gewesen zu sein. Er wurde auf Veranlassung von Otto Auerswald, einem führenden Widerständler, „unter die Lupe“ genommen, dann voll rehabilitiert und galt fortan als zuverlässiger Genosse, obwohl er nicht den roten Winkel trug. Ernst überlebte die Auflösung des Lagers Sachsenhausen und den anschließenden Todesmarsch im April 1945.

Wie schon im Lager verabredet, trafen sich Fritz Fiege und Ernst in Fritz' Heimatort Witzhausen, wo sie eine Korbmacherei betreiben wollten. Beide leisteten Parteiarbeit für die KPD. Fritz wurde sofort als politisch Verfolgter anerkannt und bekam ein Darlehen. Ernsts Antrag auf Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes wurde hingegen abgelehnt, weil er nicht politisch, religiös oder rassistisch verfolgt worden sei. Er hatte somit „zu Recht“ im KZ gesessen. Auch ein zweiter Versuch, mit der Unterstützung von Otto Auerswald, der inzwischen Polizeipräsident in Zwickau war, scheiterte. Die politisch Verfolgten sahen sich gezwungen, sich von den „Grünen“ und „Schwarzen“ abgrenzen zu müssen, um ihre eigene Stellung als Opfer des Nationalsozialismus zu festigen. Die Freundschaft zwischen Fritz und Ernst zerbrach. Ernst ging 1948 nach Frankfurt, arbeitete bei der „Deutschen Asphalt“ im Straßenbau, wurde Gewerkschafter bei der IG Bau und Betriebsrat. Über seine KZ-Zeit schwieg er fortan gegenüber jedermann.

Ende der 1950er Jahre heiratete Ernst eine exilrussische Frau. Als diese nachdrücklich nach noch vorhandener Verwandtschaft fragte, machte Ernst seinen Bruder ausfindig und es kam nach vielen Jahren zu ersten Kontakten. Gustav, der den gesamten Krieg als Ju52-Pilot überlebt hatte, hatte sich in der Nachkriegszeit als frei schaffender Bildhauer etabliert und lebte mit Frau und zwei Kindern in Worms. Ende der 1960er Jahre fing dessen Sohn Frank an, die für die 68er-Generation typische Frage an Vater und Onkel zu stellen: „Was habt ihr damals gemacht?“ Frank hatte Glück: Sein



Ernst Nonnenmacher, 1983

Vater stellte sich der oft schwierigen Diskussion und auch Ernst öffnete sich gegenüber seinem Neffen und erzählte ihm in vielen Gesprächen sein Leben. Später entstand daraus die Doppelbiografie „Du hattest es besser als Ich“.

Die ehemaligen KZ-Häftlinge mit dem grünen und dem schwarzen Winkel haben die diskriminierenden Zuschreibungen häufig verinnerlicht, haben so gut wie keine Lebenserinnerungen geschrieben und oft selbst in den Familien geschwiegen. Diese beiden Opfergruppen haben sich bis heute nicht assoziiert, haben keine Interessengruppen gebildet, keine Forderungen gestellt. Die als Verfolgte anerkannten „Politischen“ solidarisierten sich nicht. Auch die wissenschaftliche Forschung hat sich jahrzehntelang nicht um sie gekümmert. Es hat z.B. keine aufsuchende Forschung gegeben, als es noch möglich gewesen wäre. Erst in den letzten Jahren sind nun einige wichtige Forschungsarbeiten vor allem von

jüngeren Wissenschaftlerinnen (Julia Hörath, Sylvia Köchl, Dagmar Lieske) vorgelegt worden, die ein Ende des Beschweigens nahe legen.

Am 15. Juli 2016 habe ich an den damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert einen Brief in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ geschrieben. In § 1 des Stiftungsgesetzes heißt es nämlich, Zweck der Stiftung sei, für die würdige Erinnerung an „alle Opfer des Nationalsozialismus“ zu sorgen. Auf diesen Passus und auf die beiden bislang ignorierten Opfergruppen habe ich hingewiesen. Norbert Lammert hat meine Anregung dem Beirat der Stiftung zugeleitet. Dieser hat dann in einem „Aufruf“ vom 12. Dezember 2016 für eine „längst überfällige Erinnerung an verdrängte Opfer des NS-Unrechts“ plädiert und festgestellt: „Niemand saß ‚zu Recht‘ im KZ, auch Menschen mit dem schwarzen und dem grünen Winkel nicht.“

Am 31. Mai 2017 hat im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages eine Anhörung stattgefunden, zu der auch ich eingeladen war. Der Tenor war eindeutig. Eine förmliche Anerkennung ist überfällig und notwendig. Ich erwarte, dass der jetzt neu zusammengetretene Kulturausschuss dem Bundestag eine entsprechende Empfehlung vorschlagen wird. Derzeit bereit ich zusammen mit einigen jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine Unterschriftenaktion vor, die dieses Anliegen unterstützt.

Frank Nonnenmacher

*Prof. Dr. Frank Nonnenmacher ist Sozialwissenschaftler und emeritierter Professor für Didaktik am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.*

Literatur:

*Frank Nonnenmacher: Du hattest es besser als Ich. Zwei Brüder im 20. Jahrhundert ; mit einer Widmung von Konstantin Wecker. Bad Homburg: VAS-Verlag 2. Aufl. 2015.*

## DAVISCO JOCHANAN ASRIEL

### „Türkischer Großhändler“ und Vorsitzender des Israelitisch-Sephardischen Vereins zu Berlin

Jüdische Kaufleute gehörten zu den ersten türkischen – damals noch osmanischen – Einwanderern, die sich ab Ende des 19. Jahrhunderts in Berlin und weiteren Städten des Deutschen Reiches niederließen. An erster Stelle sind hier Importeure orientalischer Teppiche zu nennen, darunter David Leon Haim, Isidoro Covo, Nissim Zakouto, Isaac Cohen, die Gebrüder Alfandary und viele weitere; Juden aus dem Osmanischen Reich waren aber auch generell bei der Einfuhr „orientalischer Produkte“ (Tabak, und andere landwirtschaftliche Rohprodukte) vertreten. Die meisten von ihnen kamen aus Istanbul, doch auch Juden aus den ehemals osmanischen Gebieten, wie Sofia (Eli Capon) oder Belgrad (Heinrich Levy), hielten an ihrer osmanischen (später türkischen) Staatsangehörigkeit fest. Die Familie Asriel, von der hier die Rede sein soll, stammte aus Belgrad und war vermutlich während der 1870er Jahre von dort zunächst nach Wien gezogen.

Einige dieser Kaufleute riefen 1905 den Israelitisch-Sephardischen Verein in Berlin ins Leben. Dazu wurde eine Wohnung in einem Gebäude der Firma Wertheim in der Lützowstraße 111 als Privatsynagoge zu einem Betsaal umgestaltet. Innerhalb der nächsten zehn Jahre vervierfachte sich die Zahl der osmanischen Juden in Deutschland von 227 auf etwa 1000 im Jahre 1915, von denen die übergroße Mehrheit in Berlin lebte. Ganz unterschiedliche Gründe beförderten die Emigration von Juden aus dem (ehemaligen) Osmanischen Reich und vom Balkan: die Einführung des obligatorischen Militärdienstes für Nichtmuslime, die Zerstörung jüdischer Wohnviertel durch Naturkatastrophen, eine lange Phase fast ununterbrochener Kriege sowie schließlich ein rigider Nationalismus in der Türkei und den übrigen Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches. Hauptzielländer der Emigration waren die USA, Lateinamerika und Frankreich. Im Vergleich zu den aus Osteuropa

kommenden aschkenasischen Glaubensbrüdern war die Zahl der orientalischen Sepharden in Deutschland kaum erwähnenswert. Doch nach dem Niedergang der traditionsreichen portugiesischen Gemeinde in Hamburg existierte in Berlin nun die größte sephardische Gemeinde in Deutschland. Während der 1920er Jahre waren dabei über 60 Prozent der in Berlin – wie auch im gesamten Deutschen Reich – lebenden „Türken“ jüdisch.

Einige von ihnen kamen nicht aus der Türkei, sondern aus Wien, wo bereits seit dem 18. Jahrhundert eine türkisch-sephardische Gemeinde existierte. So eröffnete die Wiener Firma „Brüder Asriel und Farchy“ 1908 in der Kaiserstraße 41 eine Berliner Zweigniederlassung. Gegenstand des Geschäftsbetriebes war laut Eintrag im Berliner Handelsregister der Handel mit Fellen und Rohprodukten. Die drei Inhaber der Firma – Jochanan, Victor David und David Carl Asriel –, die weiterhin in Wien wohnhaft waren, ließen sich jeweils als „türkische Großhändler“ eintragen. Einzelprokura erhielt Victors Sohn Mosko/Moritz. Nachdem Jochanan Asriel 1915 verstarb, trat sein Sohn David (Davisco) J. Asriel 1920 in die Firma ein. Davisco Asriel war mit Helene Fischer verheiratet, die aus einer aschkenasischen Berliner Familie stammte. Sie hatten zwei Kinder: Marietta (Mia), geboren 1917 und Hans (Jochanan) geboren 1924. Die Familie wohnte am Kurfürstendamm. Durch die Eheschließung erwarben auch Helene und die Kinder die türkische Staatsangehörigkeit.

Nach den Erinnerungen des Sohnes Jochanan spielte die unterschiedliche religiöse Zugehörigkeit keine wichtige Rolle; die aschkenasische und sephardische Synagoge wurden abwechselnd besucht, ohnehin war die Familie wenig religiös und recht assimiliert, im Winter feierte man „Weihnukka“.

1922 gründete Davisco Asriel mit seiner Frau eine eigene Firma („D.J. Asriel & Co“), die ebenfalls mit Fellen und landwirtschaftlichen Rohprodukten handelte. 1926 trat er aus der Firma „Brüder Asriel und Farchy“ aus. Doch die Wirtschaftskrise von 1929 brachte die Firma in Schwierigkeiten. Das Ehepaar trennte sich und Helene zog mit den Kindern in die Villa ihrer Eltern.



Türkischer Pass des 1924 in Berlin geborgenen Johanan Asriel

1930 wurde Davisco Asriel Vorsitzender des „Israelitisch-Sephardischen Vereins“. Die Zahl der Mitglieder war während der 1920er Jahre gewachsen, dem einst von betuchten Kaufleuten gegründeten Verein gehörten nun auch viele der ärmeren türkisch-jüdischen Einwanderer an. Das Vereinslokal diente auch als Treffpunkt und organisierte den sozialen Zusammenhalt der Gemeinde.

Schon 1915 war in den Vereinsräumen auch eine Schule zur religiösen Unterweisung eingerichtet worden, die Mitte der 1920er Jahre von rund 70 Kindern besucht wurde. Den Unterricht hielt der Rabbiner Avigdor aus Edirne, der dort eine Schule der Alliance Israélite Universelle besucht und anschließend ein Studium an der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums absolviert hatte.

Zahlreiche Geschäftsleute aus dem Kreis des Israelitisch-Sephardischen Vereins, darunter ebenfalls die Firma „Brüder Asriel und Farchy“, waren gleichfalls Mitglieder der 1927 angemeldeten Türkischen Handelskammer für Deutschland. Ausgehend von den Anwesenheitslisten der jährlichen Versammlungen stellten Juden bis zur Mitte der 1930er Jahre einen großen Teil der Mitglieder. So war es möglicherweise kein Zufall, dass sich die Räume der Handelskammer am Lützowufer in unmittelbarer Nähe zur Synagoge befanden.

Die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 einsetzende Judenverfolgung traf auch die türkischen Juden in Deutschland. Als ausländische Juden war ihre Situation indes widersprüchlich: Einerseits waren sie durch das Zusammen-

wirken repressiver Ausländergesetzgebung und der antisemitischen Maßnahmen in doppelter Weise benachteiligt. Andererseits genossen sie als Angehörige eines fremden Staates einen gewissen Schutz, der auf den bilateralen Verträgen – im Falle der Sepharden vor allem der Türkei – beruhte. Vertretungen zahlreicher Staaten (darunter der Türkei) intervenierten gegen die Diskriminierung ihrer Staatsbürger in Deutschland. Die Proteste richteten sich nicht allein gegen die Judenverfolgung, sondern betrafen zum Teil die rassistische Politik generell. Auch nicht-jüdische Ausländer, so z.B. türkische Studenten, waren Gewaltopfer von NS-Schlägern geworden. Arabische und asiatische Diplomaten verwahrten sich dagegen, als Angehörige „minderwertiger Rassen“ eingestuft zu werden. Befürchtungen über negative Konsequenzen auf die deutsche Außenpolitik führten wiederholt zu kontroversen Debatten zwischen verschiedenen NS-Ministerien und -Parteigremien darüber, ob und wie weit Ausländer von der Anwendung der Rassegesetze auszunehmen seien. So wurden (aus „Rücksicht“ auf befreundete arabische und asiatische Regierungen) rassistische Einordnungen „umformuliert“ und auch Juden ausländischer Staaten von der Anwendung einiger antijüdischer Bestimmungen ausgenommen. Solche Ausnahmen wurden jedoch nie schriftlich fixiert, sie galten „vorläufig“ und konnten nach Belieben widerrufen werden. Sukzessive trafen Ausgrenzung und Entrechtung somit auch die hier lebenden türkischen Sepharden.

Schon die Wirtschaftskrise von 1929 hatte zahlreiche Gemeindeglieder getroffen; einige hatten Deutschland wieder verlassen. Berichte jüdischer Wohlfahrtsorganisationen und Erinnerungsberichte türkischer Juden aus dieser Zeit zeigen, dass viele von ihnen verarmten und auf Unterstützung seitens der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen angewiesen waren. Zur gleichen Zeit intensivierten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland: Während der 1930er Jahre wurde Deutschland zum mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Türkei. Während der Jahresversammlungen der Türkischen Handelskammer in Deutschland von 1936 und 1938 saßen nun türkische Juden – in ihrer Mehrzahl Inhaber

kleinerer Handelshäuser oder Betreiber von Teppichbetrieben – neben den Repräsentanten von Rheinmetall, Krupp und der Dresdner Bank.

Vor den täglichen Schikanen der zunehmend antisemitisch aufgeputschten nationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft bot auch die Stellung als Ausländer keinen Schutz. Johanan Asriel, der nach der Grundschule das Falk-Realgymnasium in der Lützowstraße besuchte, erinnert sich an die „Jude, Jude“-Rufe und Schläge seitens der Mitschüler sowie Diskriminierung durch die Lehrer. 1938 – er besuchte damals die achte Klasse – wurde er wie alle jüdischen Kinder vom Besuch der öffentlichen Schule ausgeschlossen und besuchte fortan die Jüdische Privatschule Dr. Leonore Goldschmidt in Berlin-Grünwald.

Während des Novemberpogroms in Berlin wurde Isaak Behar<sup>1</sup>, Sohn von Elia Behar, welcher ebenfalls der sephardischen Gemeinde angehörte, festgenommen und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Zahlreiche sephardische Juden, die nicht über eine schützende Staatsangehörigkeit verfügten, verloren ihre Betriebe, ihren Besitz und ihre Arbeitsmöglichkeiten. Unter dem Druck der zunehmenden Verfolgung versuchten auch viele der Sepharden, aus Deutschland zu entkommen. Dies gelang vor allem der jüngeren Generation: Marietta Asriel, die Tochter Daviscos, konnte 1938 in die USA auswandern, Erwin (Sohn von Mosko) aus Wien erreichte auf abenteuerlichen Wegen schließlich ebenfalls in die USA, ebenso Helene, die ältere Tochter des 1931 verstorbenen dritten Gesellschafters Victor Asriel und seiner Frau Paula/Pacita. Ihren gerade 16-jährigen Sohn Andre schickte Paula im Dezember 1938 aus Wien mit dem Kindertransport nach London. Jener traf dort Erich Fried, der in Wien die gleiche Schule besucht hatte, schloß sich der Exilorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) an, ging nach der Befreiung in die DDR und wurde ein bekannter Komponist.

Für die ältere Generation waren die Möglichkeiten zur Auswanderung hingegen gering, auch hofften viele noch auf den Schutz, den ihnen die türkischen Papiere

boten: Als im Anschluss an die Pogromnacht im November 1938 mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ der systematische Raub jüdischen Eigentums forciert wurde, machte der Geschäftsführer der Firma Asriel gegenüber den deutschen Behörden geltend, dass der Inhaber „zwar Nichtarier, aber türkischer Staatsbürger“ wäre.

Der vermeintliche Schutz, den die türkische Staatsangehörigkeit bot, war indes trügerisch. Zum einen waren die ausländischen Juden gewährten Ausnahmen lediglich vorläufig und keineswegs garantiert. Nach Belieben brachen die NS-Bürokraten ihre eigenen Regeln. Zum anderen entzog die Türkei während der 1930er und 1940er Jahre Tausenden der im Ausland lebenden Juden die Staatsbürgerschaft. Diese Ausbürgerungspolitik der Republik Türkei stand ursprünglich in keinem Zusammenhang zur NS-Judenverfolgung, sondern war Teil der eigenen nationalistischen Bevölkerungspolitik. Die ersten Massenausbürgerungen fanden bereits vor 1933 statt. Später richteten sich die Ausbürgerungen jedoch in erster Linie gegen in Europa lebende Juden, denen dadurch der Schutz vor den Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes entzogen wurde.

Davisco Asriel war offenbar noch bis Anfang 1940 im Besitz der türkischen Staatsangehörigkeit. Dies geht aus einem Schreiben der Berliner Industrie- und Handelskammer vom Januar 1940 hervor, demzufolge er jedoch seinen Betrieb seinem Mitarbeiter Rettner übertragen wollte. Im August 1940 wurde er mit vier weiteren türkische Staatsangehörige in Berlin verhaftet. Hierbei handelte es sich um eine Vergeltungsaktion für die zuvor erfolgte Festnahme des deutschen Buchhändlers Erich Kalis in Istanbul wegen einer Monate zuvor im „Völkischen Beobachter“ erschienenen anti-türkischen Karikatur. Dessen Buchhandlung, die auch nationalsozialistische Zeitungen verkaufte, war einer der Treffpunkte der dortigen deutschen Nazisympathisanten. Kalis wurde an einen Schwarzen gefesselt in die Haft transportiert, was von türkischer Seite vermutlich als Rache gegen den Rassismus des „Völkischen Beobachters“ gedacht war und von deutscher Seite als besondere Provokation betrachtet wurde.



*Davisco Johanan Asriel mit türkischer Fahne am Revers, um 1940*

Diese Ereignisse waren Teil einer zugespitzten Krise in den deutsch-türkischen Beziehungen, in deren Rahmen es zu einem „Pressekrieg“ und der Verhaftung weiterer Deutscher in der Türkei kam, die der Spionagetätigkeit verdächtigt wurden. Obwohl aus internen deutschen Schreiben klar hervorgeht, dass den fünf in Berlin Festgenommenen keine Verfehlungen nachzuweisen waren, wurde ihre Haft gegenüber den türkischen Stellen ebenfalls mit angeblicher „Agententätigkeit“ begründet. Die Angelegenheit wurde von beiden Seiten auf höchster Ebene behandelt. Der damalige Botschafter in Berlin, Hüsrev Gerece, schreibt in seinen Memoiren, die als „Rache“ erfolgte Festnahme der Türken sei auf Anweisung Ribbentrops erfolgt. Das türkische Konsulat in Berlin setzte sich für die Freilassung der übrigen vier türkischen Personen ein<sup>2</sup>, während es in Bezug auf Davisco Asriel untätig blieb. Die Tatsache, dass Asriel der einzige Festgenommene war, dessen Freilassung



*Johanan mit den Söhnen Knut und Eric der Familie Jorgensen auf Fünen, 1940*

die Türkische Botschaft nicht forderte, wurde seitens des Auswärtigen Amtes darauf zurückgeführt, dass Asriel Jude war. Das türkische Konsulat gab hingegen an, dass Asriel nicht mehr türkischer Staatsangehöriger sei. Nach Beilegung der Krise wurde mit den übrigen vier Türken auch Asriel aus der Haft entlassen, doch den diplomatischen Schutz hatte er nun verloren.

Als Staatenloser gehörte Asriel wie viele der ausgebürgerten, vormals türkischen Juden zu den ersten Opfern der Deportationen in den Tod. So waren die Familien Cohen/Pinto, Meschoulam und Jahisch/Meschulam – insgesamt dreizehn Personen – schon mit dem zweiten Transport aus Berlin am 24. Oktober 1941 deportiert worden. Sie alle hatten in der Ohmstraße 1 in Kreuzberg gewohnt, keiner von ihnen kehrte zurück. Ende Januar 1942 wurde Davisco Asriel mit dem zehnten »Osttransport« nach Riga deportiert und ermordet. Aus Wien wurden Rachel, Margarete

und Leon Asriel in den Tod deportiert, Paula/Pacita Asriel verübte im Oktober 1942 Suizid und entzog sich so der Deportation.

Vergeblich hatten im Jahr 1941 einige der ausgebürgerten türkischen Juden versucht, sich die Wiederaufnahme in den türkischen Staatsverband zu erkaufen und in die Türkei zurückzukehren. Dies geht aus einem Gestapoverhör mit Davisco Asriel vom 20. Januar 1942 hervor. Die Inventarliste von Asriels Wohnung in der Friedrichstraße der für Raub und Verwertung des Eigentums der Deportierten zuständigen Oberfinanzdirektion ist eines der letzten Lebenszeichen. Demnach hatte Asriel nach Auflösung der sephardischen Gemeinde die Thorarollen und einige Kultgegenstände in seiner Wohnung geborgen.

Daviscos Sohn Jochanan Asriel machte ab 1939 zunächst eine landwirtschaftliche Vorbereitung zur Ein-

wanderung nach Palästina (Hachschara) auf dem Gut Winkel in der Nähe von Berlin. Im Februar 1940 konnte er durch Vermittlung einer dänischen Frauenhilfsorganisation zunächst nach Dänemark, wo er wie rund 1.500 weitere jüdische Jugendliche aus Deutschland an einen Bauernhof vermittelt wurde. Johanan wurde von einer Familie Jorgensen, die auf der Insel Fünen einen kleinen Hof betrieb, aufgenommen. Er erinnert sich an die warme Herzlichkeit der Familie, die beiden Söhne Eric und Knut waren für ihn wie kleine Brüder.

Nach der zwischenzeitlich erfolgten Besetzung Dänemarks gelangte Johanan elf Monate später im Dezember 1940 mit einer Gruppe von 50 Jugendlichen auf einer wahren Odyssee nach Palästina, wo er zwei Jahre lang in dem Kibbuz Mishmar Ha-Emek arbeitete. 1943 trat er in die Jüdische Brigade der Britischen Armee ein und war zunächst in Italien, später bei der Versorgung überlebender Juden in DP-Camps und der Hilfe zur Auswanderung nach Palästina für Juden (Bricha) beteiligt. Johanan lebt heute in Haifa.

Seit Juli 2010 erinnert in der Friedrichstraße in Mitte ein Stolperstein an Davisco Asriel. Bis zu seiner Verhaftung hatte er genau dort gewohnt, wo jetzt das Kaufhaus „Galeries Lafayette“ steht. Sein heute in Haifa lebender Sohn Johanan Asriel war mit seinen Töchtern Naomi und Ruth und zwei Enkeln zur Verlegung angereist.

Die sephardisch-türkische Gemeinde in Berlin wurde durch die Shoah ausgelöscht. Mehr als einhundert ihrer Mitglieder wurden in Konzentrationslager verschleppt und zum überwiegenden Teil ermordet. Das Schicksal etwa der Hälfte der türkischen Juden, die bis 1933 in Berlin gelebt hatten, ist unbekannt. Der israelitisch-sephardische Verein war vermutlich bereits 1939 verboten und aufgelöst worden. Das Gebäude, in dem sich die Synagoge befunden hatte, wurde im Krieg zerstört.

*Corry Guttstadt*

*Dr. Corry Guttstadt ist Turkologin und Historikerin. Seit 2007 ist sie Mitglied im Aktiven Museum.*

*Material:*

*Corry Guttstadt: Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Berlin: Assoziation A 2008*

*Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, Nr. 23430 und 14693; B Rep. 042, Nr. 26815*

*Brandenburger Landeshauptarchiv, Rep. 36 A II Nr. 1296*

*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAAA, R 50866*

*Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, Handakte Wilhelm Graetz, Signatur 525*

*Familienarchive verschiedener Zweige der Asriel-Familie*

*Interviews mit Johanan Asriel im Mai 2008 in Haifa und im Juli 2010 in Berlin*

1) Es handelt sich um einen gleichnamigen Cousin desjenigen Isaak Behar, der untergetaucht in Berlin überlebte und vielen durch seine Erinnerungen „Versprich mir, dass du am Leben bleibst“ bekannt sein dürfte.

2) Bei den übrigen vier Festgenommenen handelte es sich um Dr. Ömer Faruk, Kemal Kumbaracılar, der ebenfalls der Türkischen Handelskammer angehörte, den Studenten Fethi Ülgen und den Journalisten Emrullah Gün.

## DAS HERZ BRAUCHT LIEBE

Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ für Carola Neher am 7. Dezember 2017 am Fürstenplatz 2

Wie kann man über eine Schauspielerin sprechen, die niemand von uns auf der Bühne gesehen hat? Wir müssen uns an Fotos halten. Wir haben Erinnerungen und Rezensionen, darunter sehr genaue und einige geradezu euphorische. Und natürlich Filmszenen und Schallplatten. Als erstes fällt die Stimme von Carola Neher auf: ihr Klang, der Umfang, die Sprechweise, die Wandlungen von Klarheit über Unschuld bis zu Härte, der raffinierte Umschlag vom Singen zum Sprechen. Es ist eine der Stimmen – „indianisch“ haben Kritiker sie genannt –, von denen man gerne sagt, wir würden ihr gebannt zuhören, auch wenn sie das Telefonbuch vorlesen würde.

Wieviel Geringschätzung steckt jedoch in einer solchen Vorstellung. Sie reduziert die Schauspielerin auf einen Teil ihres Körpers, auf nur eine Funktion. Carola Neher hätte das nicht gefallen. Sie wusste, dass dieser Beruf nur dann gelebt wird, wenn die Schauspielerin mit allem, was sie ist und hat, eine Figur erfassen und darstellen kann, wenn eine Rolle so gespielt wird, dass das Publikum sie sich nicht anders vorstellen will. „Es gibt keine schauspielerische Größe ohne menschliche Größe“, schrieb Carola Neher 1927. „Keinen Theaterraum ohne Tiefe. Keinen Vordergrund auf der Bühne ohne Hintergrund. Was von der Szene sofort auf das Publikum überspringt, ist der Funke der Persönlichkeit.“

So war es bei ihr.

Bernhard Diebold rühmte „ihre seltene Naivität und berückende Uninteressiertheit, das Gerade und Spontane ihres Wesens“. Alfred Polgar sah, als sie die Titelrolle in einem Schwank spielte, eine Schauspielerin „mit der Grazie und Flinkheit eines kleinen Raubtiers, temperamentvoll bis in die Haarspitzen, blitzend von

Klugheit und Humor“. Wer nichts von Carola Neher weiß, muss nur ihren Beitrag zur Umfrage „Mein Schönheitsgeheimnis“ in der Zeitschrift „Uhu“ vom Juni 1928 lesen und wird spüren, wie herrlich frei, wie modern sie war: „Mein Geheimnis ist gar kein Geheimnis. Ich nehme für die Haare rohe Eier, für die Stirne Fett, für die Augen kaltes Wasser und für das Gesicht Eis. Der Körper braucht Gymnastik. Die Beine Bewegung. Der Magen braucht Brot, Früchte, wenig Fleisch. Das Herz braucht Liebe. Kein Alkohol – nur hin und wieder ein Glas Sekt. In der Woche eine Zigarette: einteilen muß man sich's halt.“

Spätestens hier muss der Name Bertolt Brecht fallen, der mit dem verbunden ist, was der Nachwelt von dieser Mimin bleiben wird. Vielleicht ist das aber auch nur unsere Wahrnehmung; Skepsis ist angebracht. Was Klaus Völker in dem großartigen Buch über Carola Neher zusammengetragen hat, lässt zumindest offen, ob sie nicht gerade in dem Leichterem, den unzähligen Komödien, ganz bei sich, bei ihrer Kunst und bei ihrem Publikum war. Es ist schon verrückt, dass ihr Name in der Theatergeschichte auf immer mit der „Dreigroschenoper“ verbunden sein wird, obwohl sie die Polly in der legendären Uraufführung gar nicht gespielt hat, sondern erst bei der Wiederaufnahme im Frühjahr 1929 dazu stieß. Wahrscheinlich war Brecht aber doch ihre entscheidende Theaterbegegnung. Dass er die Johanna für sie geschrieben hat, ist ein Meilenstein der Theatergeschichte, auch wenn Carola Neher die Rolle nur im Radio und nicht auf der Bühne spielen konnte. Brechts Name ist jedoch nicht nur mit ihren Erfolgen verknüpft, sondern ebenso mit ihrem bitteren Ende, das er gefürchtet und um das er gewusst hat. Carola Neher's Verhaftung, ihre jämmerliche Verurteilung, die jahrelange Lagerhaft und ihr Tod: das ist die Kehrseite dieses Lebens im Zeitalter der Extreme. Das erschütternde, 2016 im Berliner Lukas-Verlag von Bettina Nir-Vered, Reinhard Müller, Olga Reznikova und Irina Scherbakowa herausgegebene Buch hat diese Paradoxie im Titel auf die Formel gebracht: „Carola Neher – gefeiert auf der Bühne, gestorben im Gulag“.

Das Verhängnis begann mit der Entscheidung, nach Moskau zu gehen. Anatol Beckers Furchtlosigkeit



beeindruckte sie, berichtete Elias Canetti. Da war einer, „der sein Leben aufs Spiel setzen wollte, der nichts fürchtete, kein Gefängnis und keine Erschießung“, schrieb er. „Sie behauptete, es sei seine Sache, die sie ernst nehme, nicht ihn. Wenn es ein anderer wäre, mit einer solchen Sache und ihr so eng verfallen, würde er ihr nicht weniger Eindruck machen.“

Selbst wenn es der Typhus war, der sie dahingerafft hat: Umgebracht hat sie der Henkersknecht Stalin und das ganze Pack um ihn herum. Die Zeugnisse dieses Leidens sind unsäglich: das verzweifelte Sehnen der Mutter nach ihrem Sohn Schorsch, ihre Briefe, die Dokumente aus dem Lager. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie hören, was ein Aufseher über sie protokollierte – es ist in dem genannten Buch enthalten:

„Die Gefangene Henschke, Karolina Josifowna erhielt während ihres Aufenthalts im Gefängnis Jaroslaw sieben Rügen:

- 1) Am 16. November 1937 sprach sie in der Latrine mit einer Gefangenen aus der Nebenzelle – Verbot des Hofgangs für drei Tage.
- 2) Am 9. Dezember 1937 wegen der Benutzung von Zeitungspapier für Briefe – einmonatiges Briefwechselverbot.
- 3) Am 7. April 1938 wegen lauter Gespräche in der Zelle – einmonatiges Buchleseverbot.“

Es folgen vier weitere Verstöße. Einmal „schrie sie und machte in der Zelle Lärm“, was ebenfalls mit Leseverbot geahndet wurden.

Das Elend wird dadurch nicht begreifbar, aber ihre Renitenz kann uns auch etwas glücklich machen. Und es ist kein Wunder, dass Vergehen und Strafen ins Zentrum ihrer Leidenschaften gingen: Schreiben, Lesen, Reden, Singen, Bewegen. Carola Neher machte jeden Tag im Lager Gymnastik; dabei hat man sie offenbar nicht erwischt. Das wissen wir von einer Mitgefangenen.

Hilde Dutý berichtete Peter Diezel, wie Carola Neher die Songs der „Dreiroschenoper“ vermittelt hat: sie zu singen, war verboten, also hat sie die Lieder „stückchenweise“ erklärt und sie geflüstert.

„Wer hat gehört, wie Carola Neher in der Dreiroschenoper singt?“, fragte Alexander Granach, der selbst beinahe ein Opfer der „Säuberungen“ wurde, in einem Artikel über die Kollegin. „Ihr lachendes Gesicht und die Augen voller Tränen, eine leichte, aber fest umrissene Geste, Klarheit, volle Beherrschung des schauspielerischen Materials und ein hohes Bewusstsein eigener Verantwortlichkeit.“

Gefeiert auf der Bühne, gestorben im Gulag: eine nicht auflösbare Spannung. Sie betrifft auch alle, die sich um sie gekümmert haben – vielleicht zu wenig. Sie haben schon gemerkt, dass das Wort vom „Henkersknecht“ Stalin von Brecht stammt. Hermann Greid überlieferte, wie Brecht auf die Nachricht von der Verurteilung und dem Verschwinden Carola Neher reagierte: „Da kannte seine Wut auf diesen ‚schändlichen und schamlosen Henkersknecht Stalin‘ und dieses ‚ganze Pack‘ um ihn herum keine Grenzen.“

Wusste Brecht wirklich von ihrem Schicksal? Ein Brief an die Sowjetische Kontrollkommission in der DDR weckt Zweifel. Am 14. März 1952 bat Brecht um Auskunft über Carola Neher, die 1940 „wegen eines politischen Vergehens zu Gefängnis verurteilt“ worden sei. „Die Gefängnisstrafe dürfte schon seit geraumer Zeit verbüßt sein“, schrieb Brecht. Und: „Ich habe mich gelegentlich nach ihr erkundigt, jedoch bisher nichts über sie erfahren können, auch nicht, ob sie noch am Leben ist.“ Der Brief endet mit dem Satz: „Sie lebte in Moskau.“ Diese fast selbst nicht mehr geglaubte Feststellung nimmt es an Traurigkeit auf mit der Frage in dem Gedicht „Das Waschen“, das Brecht an die gefangene Freundin adressiert hat: „Wie / Mag dein Morgen sein?“ Wer möchte darüber urteilen wollen.

Das Land Berlin, Familienangehörige, Anwohnerinnen und Anwohner ehren Carola Neher, das Aktive Museum macht es möglich. Wir bewundern die

künstlerische und menschliche Radikalität dieser Frau, ihre politische Wachheit, die Naivität in sich ertrug. Carola Neher war eine Frau, die sich von niemandem einfangen ließ, eine Schauspielerin, für die Spielen ihr Ein und Alles war. Wir lieben das Berlinische an der gebürtigen Münchnerin. Sie war schlagfertig, unsentimental, sinnlich, geisteswach und manchmal etwas entrückt wie auf dem Bild von Rudolf Schlichter.

Ein Jahr vor ihrer Verhaftung hatte Alexander Granach eine Vision über „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“: „Wir hoffen, eines schönen Tages zu zweit dieses Stück im – vom Faschismus befreiten – Berlin zu spielen.“ Das möchten wir uns vorstellen, und plötzlich hören wir doch ihre Stimme: klar, hell, körperlich, mitdenkend, mutig.

Wenn wir nur die Aufnahme des kleinen Liedes hätten, mit dem Polly ihren Eltern ihre Verheiratung mit dem Räuber Macheath andeutet – eigentlich genügte sogar die Stelle, an der das Wort „sicher“ den Gesang unterbricht: „Sicher schien der Mond die ganze Nacht / Sicher war das Boot am Ufer festgemacht“ – die Neher sagt das in einer aufreizend naiven Beiläufigkeit; so eine lässt sich von niemandem etwas vormachen – ... Wenn wir nur das hätten: wir wüssten, wie von Carola Neher zu sprechen ist.

Denn: „Das Sichere ist nicht sicher.  
So, wie es ist, bleibt es nicht.  
Wenn die Herrschenden gesprochen haben  
Werden die Beherrschten sprechen.“

*Erdmut Wizisla*

*Dr. Erdmut Wizisla ist Literaturwissenschaftler. Er leitet seit 1993 das Bertolt-Brecht-Archiv und seit 2004 das Walter Benjamin Archiv an der Akademie der Künste Berlin.*

## TAM TAM. JÜDISCHE AMÜSIERBETRIEBE AM MORITZPLATZ

Eine Kabinettausstellung



Die Liebe zum Apfelstrudel und der Mythos ihres Familien-Cafés sind in der Familie Nagler bis heute lebendig geblieben. Die Erinnerungen führten dazu, dass die Urenkelin der Kaffeehausbesitzer, Mor Kaplansky, sich auf eine Spurensuche begab, die in dem Film „Café Nagler“ mündete.

Der Moritzplatz war noch nie der Nabel der Stadt. Mitte des 19. Jahrhunderts im Süden Berlins angelegt, entwickelte er sich aber in wenigen Jahrzehnten zu einem Verkehrsknotenpunkt und Zentrum des Amüsierbetriebs. Theodor Fontane bemerkte 1896 in den „Poggenpuhls“: „Sie geben heute die ‚Quitows‘ an zwei Stellen: im Schauspielhaus die richtigen Quitows und am Moritzplatz die parodierten [...]“. Das Publikum konnte also am Moritzplatz die Persiflage jener Stücke sehen, die am Gendarmenmarkt im Original gezeigt wurden. Um 1900 warb eine stattliche Anzahl von Theatern, Kaffeehäusern und Biergärten um Publikum – einige davon wurden von Juden betrieben. Das bekannteste von ihnen war wohl das Jargon-Theater der Gebrüder Herrfeld in der Kommandantenstraße.

Der Erste Weltkrieg bedeutete einen tiefen Einschnitt für das Geschäftsleben am Moritzplatz: Ganz

abgesehen von Versorgungsengpässen konzentrierte sich der Amüsierbetrieb in den „Goldenen Zwanzigern“ stärker am Kurfürstendamm im Berliner Westen. 1924 schloss das „Café Nagler“ seine Pforten. Die Amüsierbetriebe am Moritzplatz, zu denen auch das Kino „TAM – Theater am Moritzplatz“ gehörte, hangelten sich unter wechselnden Direktionen von Krise zu Krise. Schon vor 1933 wurden auch hier jüdische Unternehmer von der SA bedroht. Aus Angst vor solchen Übergriffen stellte der „Tanzpalast Sevilla“ seinen Betrieb 1933 zunächst ein, um 1935 als Vergnügungsort nur für Juden wieder zu öffnen. Im erwähnten ehemaligen Theater der Gebrüder Herrfeld zeigte unterdessen der Jüdische Kulturbund bis 1941 Stücke, gezwungenermaßen ebenfalls ausschließlich für Juden.

Nachdem die jüdischen Inhaber geflüchtet oder deportiert und ermordet worden waren, fielen die Häuser den Bomben oder den Neubauplänen der 1950er-Jahre zum Opfer. Die Erinnerung an sie hielt sich allenfalls in einigen Familienerzählungen – und in verstreuten Akten der Entschädigungsbehörde.

Die kleine Schau, die dies alles in Erinnerung rief, hat das Aktive Museum gemeinsam mit Stella Flatten, Ossian Fraser, Lydia Korndörfer und Bjoern Weigel realisiert. Sie war vom 13. bis 16. Juli 2017 im „Salon am Moritzplatz“ zu sehen. Im Rahmenprogramm berichtete Dr. Simone Ladwig-Winters über das Kaufhaus Wertheim am Moritzplatz und Wolfgang Müller sprach über die Künstlerin Valeska Gert.

In Kooperation mit dem Bürgerverein Luisenstadt wird die Geschichte der Amüsierbetriebe am 14. Februar 2018 ab 19 Uhr von der AG nochmals im Wirtshaus Max und Moritz in der Oranienstraße 168 vorgestellt.

*Christoph Kreutzmüller*

*Dr. Christoph Kreutzmüller ist Kurator für die neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum Berlin und seit September 2017 Vorsitzender des Aktiven Museums.*

## VORSTELLUNG DES NEUEN VEREINSVORSITZENDEN

Mit dem Aktiven Museum kam ich ausgerechnet in Amsterdam in Berührung. Nach einer Banklehre war ich dort 1990 Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen im Jüdisch-Historischen Museum. Eines Tages gab mir der seinerzeitige Chefkurator Edward van Voolen im Tausch für eine Zigarette einen Katalog der Topographie des Terrors. Das sei ein interessanter Ort, der von einem „komischen Verein“ ausgegraben worden sei. Der Katalog begleitete mich dann nach Berlin, wo ich Geschichte und Englisch studierte und für Statterreisen und als freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz arbeitete. Dabei habe ich natürlich die Entwicklungen auf dem Prinz-Albrecht-Gelände genau (und manchmal auch fassungslos) verfolgt.

Als ich später in der Humboldt-Universität ein Projekt über „Jüdische Gewerbebetriebe in Berlin 1930 bis 1945“ koordinierte, war klar, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse auch in einer Ausstellung aufbereitet werden mussten. Das, was wir herausgefunden hatten, ging doch die ganze Stadt an! Genauso klar war, dass so eine Ausstellung eigentlich nur mit dem Aktiven Museum möglich sein würde. Für mein Team und mich war die Arbeit in der AG ein tolles Erlebnis – und das Ergebnis, die Ausstellung „Verraten und Verkauft“, im Herbst 2008 ein grosser Erfolg. Vom Foyer des HU-Hauptgebäudes aus wanderte sie dann nicht nur ins Landesarchiv, die Industrie- und Handelskammer und einige Bezirksmuseen, sondern als „Final Sale“ sogar nach New York und Jerusalem.

Parallel hierzu habe ich mit Michael Wildt an der Grundkonzeption des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ gearbeitet und dort viele Kontakte knüpfen können. 2013 wechselte ich in die pädagogische Abteilung des Hauses der Wannsee-Konferenz, von wo ich im Oktober 2015 als Kurator für die neue Dauerausstellung an das Jüdische Museum Berlin „ausgeliehen“ wurde.



Als der Vorstand des Aktiven Museums mit der Frage auf mich zukam, ob ich mir vorstellen könnte, im Verein eine aktivere Rolle als die des stellvertretenden Kassenprüfers zu übernehmen, habe ich – als dreifacher Familienvater mit einem ausgeprägten sozialen Leben – zunächst gezweifelt. Intensive Diskussionen in der „Zukunftswerkstatt“ haben mich aber überzeugt, dass es möglich sein wird, die ungeheuer produktive Arbeit meiner Vorgängerin Christine Fischer-Defoy auf mehrere Schultern zu verteilen. Gemeinsam mit meinen Kolleg\*innen vom Vorstand, der Geschäftsführung und allen Vereinsmitgliedern möchte ich das Aktive Museum als Plattform des kritischen Geschichtsdiskurses weiterentwickeln. Sie und Euch alle möchte ich ganz herzlich dazu einladen, daran aktiv teil zu haben!

*Christoph Kreuzmüller*

## LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

### **Ausgeblendet. Der Umgang mit Täterorten in West-Berlin**

Berlin 2017

5,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge**

3. Auflage, Berlin 2016

12,00 Euro

### **Stumbling Stones in Berlin. 12 Neighborhood Walks**

2. Auflage, Berlin 2016

12,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge**

5. Auflage, Berlin 2016

12,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial**

Berlin 2015

5,00 Euro

### **Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939**

Berlin 2012

20,00 Euro

### **Gute Geschäfte. Kunsthandel in Berlin 1933–1945**

3. Auflage, Berlin 2013

20,00 Euro

### **Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York**

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

### **Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945**

Berlin 2006

5,00 Euro

### **Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945**

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

# **AKTIVES**MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin

[www.aktives-museum.de](http://www.aktives-museum.de)

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

[info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)